

# Fachkräfte: 2030 sollen 24 000 fehlen

Es ist das Mega-Thema für die Wirtschaft in der Region: der Fachkräftemangel. Auch die IHK-Spitze lässt das Thema daher nicht los.

## SCHWARZWALD-BAAR-KREIS.

Für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg prognostiziert der Fachkräftemonitor der Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwarzwald-Baar-Heuberg 24 000 fehlende Fachkräfte im Jahr 2030 – und das über alle Branchen hinweg.

Wie diesem Trend entgegengewirkt werden kann, war Thema eines Austauschs zwischen dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei, IHK-Präsidentin Birgit Hakenjos und IHK-Hauptgeschäftsführer Thomas Albiez. Aus Sicht der IHK-Präsidentin gibt es mehrere Hebel, um den

„Wir wollen keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme.“

**Thorsten Frei**  
CDU-Abgeordneter

Fachkräftemangel zumindest zu lindern: „Die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen, die Qualifizierung der etwa 1,9 Millionen arbeitsfähigen Arbeitslosen, die duale Ausbildung und qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland sind dabei wichtige Faktoren.“

Der Fokus des Termins lag vor allem auf den Potenzialen der ausländischen Fachkräfte. Birgit Hakenjos betonte, dass die Wirtschaft das neu überarbeitete Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel grundsätzlich begrüße. Für Betriebe sei es vor allem wichtig, dass die Prozesse beschleunigt, die Einreise zu Qualifizierungszwecken erleichtert, der Spracherwerb unterstützt und die Vorrangprüfung für Auszu-



Tauschten sich in Berlin zum Thema Fachkräfte aus: IHK-Hauptgeschäftsführer Thomas Albiez, IHK-Präsidentin Birgit Hakenjos und der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Schwarzwald-Baar-Kreis, Thorsten Frei.

Foto: Büro Thorsten Frei/Christian Friedrich

bildende abgeschafft werde.

## Auf Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt angewiesen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag Thorsten Frei unterstützt den Ruf nach

qualifizierter Zuwanderung, merkt aber an: „Unser Arbeitsmarkt ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Wir müssen allerdings einen Rechtsrahmen definieren, der qualifizierte Kräfte legal einwandern lässt. Wir wollen keine Einwanderung in unsere So-

zialsysteme.“

Birgit Hakenjos und Thomas Albiez erfahren in vielen Gesprächen mit regionalen Unternehmen immer wieder, dass sich die administrativen Verfahren oftmals zu lange ziehen. Zu lange, um eine echte Alternative für Unternehmen

bei der Suche nach Fachkräften zu sein.

Die Wirtschaftsvertreter regen ein schlankeres Verfahren an. Aktuell sind mit den Ausländerbehörden, Anerkennungsstellen, Arbeitsagenturen und Auslandsvertretungen sehr viele amtliche Stellen involviert. Um die Visaverfahren zu beschleunigen, sollte zum einen stärker digitalisiert und zum anderen mehr Transparenz und Rollenklarheit zwischen den einzelnen Akteuren geschaffen werden.

## Fachkräfteeinwanderung

**Vorschläge** der IHK zur Vereinfachung der Fachkräfteeinwanderung: Voraussetzung für die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten ist bisher eine vollständige Gleichwertigkeit der Qualifikation. Da aber die meisten Länder andere Ausbildungssysteme als Deutschland haben, bekommen die potenziellen Arbeitskräfte aus dem Ausland oft nur eine teilweise Gleichwertigkeit bescheinigt. Die Zuwanderung mit teilweiser Gleichwertigkeit ist zwar grundsätzlich möglich, der Prozess sollte aus Sicht der IHK jedoch dahingehend vereinfacht werden, dass die Planung der berufsbegleitenden Weiterqualifizierung erst in Deutschland erfolgt. Deutsche Sprachkenntnisse sind wichtig, um in Deutschland eine Beschäftigung zu finden, allerdings sollte dies kein Hindernis für die Zuwanderung sein. Für den Spracherwerb sind bedarfsgerechte Angebote und Unterstützung wichtig. So sollte der Spracherwerb bereits im Ausland unterstützt werden durch günstige Angebote des Goethe-Instituts oder auch durch Darlehens- oder Stipendienmodelle.